Deputation für Bildung

(staatlich)

Sitzungsprotokoll der 35.Sitzung

15. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 1999 - 2003

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
20. März 2003	**10.10 Uhr**	**11.50 Uhr**	**SZ Geschwister-Scholl, Walther Kolb Weg 2, 27568 Bremerhaven**

Teilnehmer/innen:
siehe anliegende Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Genehmigung des Protokolls vom 13. Februar 2003	
TOP 3	Verschiedenes	
TOP 4	Verlässliche Grundschule	Vorlage L 185/ G 223
TOP 5	Weiterentwicklung des bilingualen Bildungsganges	Vorlage L 186
TOP 6	Änderung des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes, Übergang von Klassenstufe 6 und 7	Vorlage L 187
TOP 7	Erziehungsvereinbarungen	Vorlage L 188
TOP 8	Neuregelungen der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer Bericht an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)	Vorlage L 189
TOP 9	Versetzung und Nicht-Versetzung in der Sekundarstufe I a) Jahresbericht b) Maßnahmen zur Senkung der Wiederholerquote	Vorlage L 190
TOP 10	Jahresabschluss 2002	Vorlage L 191 / G 227
TOP 11	Aufbau eines Fachberatersystems für den gymnasialen Bildungsgang einschl. der Abiturprüfung und für die übrigen Schularten der Sek I	Vorlage L 192
TOP 12	Vorschläge zur Veränderung der Ferienverordnung	Vorlage L 193
TOP 13	Beratungsschwerpunkte der 301. Plenarsitzung der ständigen Konferenz der Kultusminister und –Senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 6./7. März 2003 in Berlin	Vorlage L 194
TOP 14	PISA 2000 Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland (2. PISA – E – Bericht) des PISA – Konsortiums vom 06. März 2003	Vorlage L 195
TOP 15	Übergang aus der Orientierungsstufe des Schulzentrums an der Brookstraße an das Gymnasium der Hamburger Straße	Vorlage L 196

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit folgenden Ergänzungen genehmigt:

1. die Tagesordnung wird um den TOP 15 „Übergang aus der Orientierungsstufe des Schulzentrums an der Brookstraße an das Gymnasium der Hamburger Straße“ ergänzt
2. der TOP 12 „Vorschläge zur Veränderung der Ferienverordnung“ wird ausgesetzt.

TOP 2 Genehmigung des Protokolls vom 13. Februar 2003

Das Protokoll der 34. Sitzung der Deputation für Bildung vom 13. Februar 2003 wird ohne Änderung genehmigt.

TOP 3 Verschiedenes

1. Die Antwort auf die Bitte von Frau Hövelmann nach einem Bericht über die von der **Stiftung „Bremer Schuloffensive“** geförderten Maßnahmen wurde verschickt.

2. Die Antwort auf die Bitte von Herrn Rohmeyer nach einem **Sachstandsbericht zum Islamkundeunterricht** wurde verschickt.

3. Senator Lemke berichtet über den Senatsbeschluss vom 18.03.03 zur **Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfe an die allgemein bildenden Privatschulen im Lande Bremen**, die als Vorgriff auf eine geplante Privatschulgesetzänderung eine schrittweise Erhöhung auf das Niveau des Bundesdurchschnitts vorsieht. Die Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfen soll mit dem kommenden Schuljahr beginnen und ist verknüpft mit einer Vereinbarung zu Verpflichtungen gegenüber den Schülerinnen und Schülern. Herr Rohmeyer bittet um einen Bericht zur Umsetzung der Erhöhung der Wirtschaftlichen Hilfen, Herr Brumma bittet, dabei auch auf die angesprochenen Kontrakte einzugehen.

Senator Lemke sagt eine Beantwortung der offenen Fragen zur nächsten Sitzung am 06. Mai 2003 zu.

TOP 4 Verlässliche Grundschule Vorlage L 185

Frau Hövelmann begrüßt die hohe Akzeptanz der verlässlichen Grundschule und problematisiert die geringe Resonanz in Bremerhaven. Herr Mützelburg fragt, ob die geringe Beteiligung an der Verlässliche Grundschule in Bremerhaven darauf zurückzuführen sei, dass sie von Behördenseite zu wenig unterstützt werde und ob sie dort wegen finanzieller Probleme nicht ausgeweitet werde. Frau Wilts bittet um Aufklärung, ob es stimme, dass in Bremerhaven nur Kinder in der Verlässlichen Grundschule aufgenommen würden, wenn beide Eltern berufstätig seien. Herr Tönißen erläutert, dass es in Bremerhaven neben der Verlässlichen Grundschule weiterhin „Betreuungsschulen“ sowie Hortangebote gäbe, so dass der Prozentsatz der betreuten Kinder insgesamt bei ca. 30 % liege. Derzeit gäbe es in Bremerhaven keine Wartelisten, jedes Kind, das an der Verlässlichen Grundschule aufgenommen werden wolle, bekäme einen Platz. Der stetige Ausbau der Verlässlichen Grundschule sei auch in Bremerhaven geplant. Herr Rohmeyer unterstreicht, dass auch weiterhin die Deputation über die inhaltliche und quantitative Entwicklung informiert werden müsse. Herr Mützelburg fragt danach, welche Ergebnisse die Vergleichsuntersuchung von Verlässlichen Grundschulen mit der Vollen Halbtagsschule geliefert habe. Senator Lemke führt aus, dass es bei den Leistungsvergleichen große Probleme bei Vollen Halbtagsschulen gegeben habe, die entsprechende IGLU-Untersuchung werde daher voraussichtlich nur wenig aussagekräftige Ergebnisse liefern können. Der große Erfolg der Verlässlichen Grundschule und der Ausbau des Unterrichtsangebots stehe der Fortführung der Vollen Halbtagsschule entgegen, dies sei den Schulen bekannt. Herr Mützelburg bittet um einen Bericht, wie viele Schulen im Jahr 2004

Ganztagsschulen werden wollen. Senator Lemke sagt dies zu und weist darauf hin, dass für Grundschulen die Bewerbungsfrist verlängert worden ist.

Beschluss:

1. Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Entwicklung der Verlässlichen Grundschule in Bremen und Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Bildung stimmt der Einrichtung der Verlässlichen Grundschule ab Schuljahr 2003/ 2004 als Regelangebot in den Grundschulen der Stadtgemeinde Bremen und der dargestellten Finanzierung zu.

TOP 5 Weiterentwicklung des Bilingualen Bildungsganges Vorlage L 186

Frau Hövelmann begrüßt die Flexibilisierung des Zuganges zum Bilingualen Bildungsgang in der Gymnasialen Oberstufe und bittet um einen Bericht, ob und wie bilinguale Angebote in anderen als dem gymnasialen Bildungsgang realisiert werden sollen. Herr Rohmeyer ist erfreut über die Weiterentwicklung des Bilingualen Bildungsganges und fragt, wie zwischen den Schulen vergleichbare Standards für den Zugang zum Bilingualen Bildungsgang in der Gymnasialen Oberstufe sichergestellt werden. Herr Fries kritisiert, dass es für Realschulabsolventen mit dem erweiterten Realschulabschluss noch die Hürde „besonders befähigt“ geben soll. Herr Lückert führt aus, dass verbindliche Standards entwickelt werden und die Schulen in ihrer Verantwortung gestärkt würden, diese umzusetzen. Herr Bürger merkt an, dass es für die Bilinguale Bildungsgänge qualifizierte Lehrkräfte benötigt würden und auch Native Speaker eingesetzt werden sollten. Herr Porwoll bestätigt, dass es nicht immer einfach sei qualifizierte Lehrkräfte zu finden. Zur Anwerbung von Native Speaker habe man einen Vertrag mit dem British Council geschlossen, durch das man 110 Bewerbungen erhalten habe, von denen 30 nun in die engere Wahl genommen wurden und voraussichtlich 4 Lehrkräfte für Bremen und Bremerhaven ausgewählt werden.

Beschluss:

Die Deputation für Bildung stimmt der Weiterentwicklung des bilingualen Bildungsganges zu.

TOP 6 Änderung des Schulgesetzes und des Schulverwaltungsgesetzes – Übergang von Klassenstufe 6 nach 7 Vorlage L 187

Frau Kiese (ZEB) kritisiert, dass aufgrund nicht erkannter Fähigkeiten von Schülern volkswirtschaftliche Schäden entstünden. Sie bittet, die Vorlage zu vertagen und zunächst weiter dieses Thema beraten zu können. Senator Lemke sagt, dass die derzeitige Situation unbefriedigend sei, da Kinder in Bremen in weit größerer Zahl abgestuft werden, als in anderen Bundesländern. Um dies künftig zu verbessern müsse, zunächst die Kommunikation verbessert werden, deshalb werde es nun bereits am Ende der 5. Klasse Prognoseempfehlungen und Beratungsangebote an Eltern geben, auch solle durch Lehrerfortbildung die Diagnosefähigkeit der Lehrer verbessert werden. Herr Mützelburg kritisiert, dass das eigentliche Problem das dreigliederige Schulsystem sei. Die vorgeschlagene Lösung sei nicht sozial, da hierdurch besonders Kinder aus einem sozial schwächeren Umfeld weiter benachteiligt würden. Herr Mützelburg beantragt die Aussetzung der Beschlussfassung.

Der Antrag von Herrn Mützelburg, die Beschlussfassung auszusetzen, wird bei einer Fürstimme abgelehnt.

Beschluss (Gegen die Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Deputation für Bildung stimmt dem Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes in der Fassung der Anlage 1 zu.

TOP 7 Erziehungsvereinbarungen Vorlage L 188

Herr Rohmeyer kritisiert, dass das vorgeschlagene Vorgehen zu offen und zu wenig stringent sei. Herr Fries begrüßt, dass nun mehr alle drei Beteiligten, Schüler, Eltern und Lehrern, eingebunden seien. Die vorgeschlagenen Vereinbarungen seien ein sinnvoller Weg. Das Ausfüllen vorgefertigter Blanko-Formulare nütze wenig, vielmehr sollten derartige Vereinbarungen im Rahmen eines dialogischen Prozesses entwickelt werden. Er bittet darum, zusätzlich zu den aus Nordrhein-Westfalen bereitgestellten Texten auch die Begründungen sowie die entsprechenden Internetadressen an die Schulen weiterzugeben. Frau Hövelmann gibt zu bedenken, dass sich diese Form der Schulentwicklung nicht verordnen ließe. Die Interessen der Adressatengruppe seien ihrer Ansicht nach ausreichend gewürdigt worden. Sie bittet darum, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass erst in der zweiten Sitzung nach den Herbstferien berichtet werde. Senator Lemke weist darauf hin, dass diese Vereinbarungen nicht mit den für volljährige Schülerinnen und Schüler beschlossenen Regelungen vergleichbar seien. Hier gehe es um eine Anregung und Aufforderung an die Schulen, die diese dann eigenverantwortlich mit Leben füllen sollten. Den Vorschlag zur Veränderung des Beschlussvorschlages halte er für sinnvoll.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem vom Senator für Bildung und Wissenschaft vorgeschlagenen Verfahren zu und bittet ihn, auf der zweiten Sitzung nach den Herbstferien über den Verlauf der Umsetzung zu berichten.

TOP 8 Neuregelung der Arbeitszeit der Lehrer und Lehrerinnen Vorlage L 189
Bericht an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)

Herr Mützelburg kritisiert, dass durch die Veränderung des Lehrerarbeitszeitaufteilungsgesetzes schon punktuelle Regelungen vorgenommen worden seien. Er spricht sich dagegen aus, den Antrag für erledigt zu erklären.

Beschluss (Gegen die Stimme von Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

1. Die Deputation für Bildung bittet den Senat um Weiterleitung des Berichts an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
2. Beschlussempfehlung für die Befassung durch die Bremische Bürgerschaft (Landtag): Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Bericht zur Kenntnis und erklärt den Fraktionsantrag „Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer neu regeln“ auf dieser Grundlage für erledigt.

TOP 9 Versetzung und Nicht-Versetzung in der Sekundarstufe I Vorlage L 190
a) Jahresbericht
b) Maßnahmen zur Senkung der Wiederholerquote

Senator Lemke bittet auf Seite 3 in Zeile 15 von unten das Wort „eingeleitet“ durch „beantragt“ zu ersetzen. Frau Hövelmann weist darauf hin, dass die hohen Wiederholerquoten dringend gesenkt werden müssen. Der Fokus muss ihrer Ansicht nach auf die Gymnasien ausgeweitet werden. Herr Fries kritisiert, dass die „falsche Bildungsgangwahl“ als Argument für die hohen Sitzenbleiberquoten angeführt werde. Nachversetzungsmaßnahmen fänden offensichtlich nur unzureichende Unterstützung. Er problematisiert den seiner Ansicht nach nicht vorhandenen

Unterschied zwischen freiwilligem Zurückgehen und Sitzenbleiben. Frau Wilts fordert, dass der geplante Modellversuch unverzüglich in Bremerhaven umgesetzt werde. Frau Kiese (ZEB) weißt daraufhin, dass die niedrigeren Wiederholerquoten am Gymnasium auch auf die privat finanzierte Nachhilfe zurückzuführen sei. Herr Bürger bekräftigt, dass etwas gegen die hohen Wiederholerquoten getan werden müsse und erwartet, dass die Neuregelung des Überganges von Klasse 6 nach 7 zur Senkung der Wiederholerquoten beitrage.

Beschluss

Die Deputation nimmt den Jahresbericht zu den Versetzungsentscheidungen in der Sekundarstufe I sowie den Sachstandsbericht über Maßnahmen zur Senkung der Wiederholerquote zur Kenntnis.

TOP 10 Jahresabschluss des Haushalts 2002 – Produktplan Bildung - Vorlage L 191 / G227

Beschluss

Die Deputation nimmt Kenntnis.

TOP 11 Aufbau eines Fachberatersystems für den gymnasialen Bildungsgang einschl. der Abiturprüfung und für die übrigen Schularten der Sek I Vorlage L 192

Senator Lemke weist auf folgende Änderungen der Vorlage hin: Auf Seite 1 erster Absatz, Satz 3 und Seite 1, zweiter Absatz, Satz 1 sind die Worte „zentrale Aufnahme und“ zu streichen. Auf Seite drei, zweiter Absatz sind die Worte „in Anspruch genommen werden können“ zu ersetzten durch „in Kooperation mit niedersächsischen Fachberatern“. Herr Fries lobt die befristeten Zulagen, bemängelt jedoch die engen Vorgaben, die den Schulen gemacht werden. Herr Brackmann kritisiert, dass Berufsschulen nicht einbezogen werden und fordert, sowohl Vollzeit- wie auch Teilzeitberufsschulen einzubeziehen. Herr Lückert antwortet, dass Regelungen für Berufsschulen in Planung seien. Die Vorgaben für die Auswahl der Fachberater dienen der Sicherstellung der fachlichen Standards.

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt dem Aufbau eines Fachberatersystems für den gymnasialen Bildungsgang und die Sekundarstufe I zu und bittet den Senator für Bildung und Wissenschaft, die erforderlichen Beteiligungsverfahren einzuleiten.

TOP 12 Vorschläge zur Veränderung der Ferienverordnung Vorlage L 193

Der Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt.

TOP 13 Beratungsschwerpunkte der 301. Plenarsitzung der Ständigen Konferenz der Kultusminister und –senatoren der Länder in der Bundesrepublik Deutschland am 06./07. März 2003 in Berlin Vorlage L 194

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 14 PISA 2000 Vorlage L 195
Ein differenzierter Blick auf die Länder der Bundesrepublik Deutschland (2. PISA-E-Bericht des PISA Konsortiums vom 06.03.2003

Beschluss

Die Deputation für Bildung nimmt Kenntnis.

TOP 15 Übergang aus der Orientierungsstufe des Schulzentrums an der Brokstraße an das Gymnasium an der Hamburger Straße Vorlage L 196

Beschluss

Die Deputation für Bildung stimmt der Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Aufnahme in Gymnasien gemäß Anlage 2 zu.

Senator Sprecher Protokollantin